

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im März 2026

16.3.2026 - | Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Nach der konjunkturellen Belebung Ende vergangenen Jahres hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu Jahresbeginn 2026 an Dynamik verloren. Ungeachtet der fortgesetzten Verbesserung der Stimmungsindikatoren haben sich wichtige Konjunkturindikatoren wie Industrieproduktion, Auftragseingänge und Einzelhandelsumsätze spürbar abgeschwächt. Von der erneuten Krisensituation im Nahen Osten und den damit zusammenhängenden drastischen globalen Preissteigerungen bei Rohöl und Erdgas dürfte auch die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland temporär belastet werden. Der Erholungsprozess bleibt angesichts der externen Risiken fragil. Abhängig von der Dauer des Konflikts bzw. der faktischen Sperrung der Straße von Hormus sowie möglichen längerfristigen Beeinträchtigungen der dortigen Produktionskapazitäten bei Öl und Gas besteht das Risiko für einen Rückschlag bei der erwarteten konjunkturellen Erholung.

- Die Industriekonjunktur hat sich zu Jahresbeginn deutlich abgeschwächt. Nachdem die Auftragseingänge infolge der umfangreichen öffentlichen Investitions- und Beschaffungsvorhaben im vierten Quartal 2025 stark expandierten, erscheint eine Konsolidierung zu Jahresbeginn nicht überraschend. Allerdings verzeichnet auch die Produktion im Januar ein Minus gegenüber dem Vormonat. Die jüngsten Stimmungsindikatoren sind zwar tendenziell aufwärtsgerichtet. Darin spiegeln sich aber noch nicht die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten wider.
- Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im Januar um 0,9 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken, nachdem der Dezemberwert deutlich nach oben revidiert wurde. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete der Einzelhandel im Januar ein Plus von 1,1 Prozent. Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen zeigt sich im Februar im Vormonatsvergleich ein Anstieg von 5,4 Prozent; in der Dreimonatsbetrachtung hingegen ein Rückgang von 11,3 Prozent. Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine Seitwärtsbewegung der Konsumententwicklung im ersten Quartal 2026 hin.
- Die Inflationsrate war im Februar mit 1,9 Prozent leicht rückläufig (Januar 2,1 Prozent). Dazu trug neben erneut geringeren Energiepreisen vor allem eine sich verlangsamende Teuerung von Nahrungsmitteln bei. Treiber des Preisanstiegs sind weiterhin Dienstleistungen. In den kommenden Monaten dürfte die Inflation infolge des Konflikts im Nahen Osten und des globalen Preisanstiegs bei Öl und Gas temporär steigen.
- Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit verharrte im Februar abermals auf Vormonatsniveau. Gleichzeitig ging die Zahl der Erwerbstätigen im Januar weiterhin leicht zurück. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete im Dezember einen geringfügigen Anstieg, nachdem sie im Vormonat leicht rückläufig war. Aktuelle Frühindikatoren deuten noch auf keine absehbare Trendwende auf dem Arbeitsmarkt hin.
- Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist nach amtlicher Statistik im Dezember 2025 um 13,5 Prozent gegenüber dem Vormonat auf 2.037 beantragte Verfahren gestiegen; verglichen mit Dezember 2024 ist sie um 13,7 Prozent angewachsen. Für das Gesamtjahr 2025 ergibt sich ein Anstieg um insgesamt 10,3 Prozent. Der im Vergleich mit der amtlichen Statistik methodisch enger gefasste und zeitlich aktuellere IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist für Februar einen Anstieg von fünf Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von zwei Prozent gegenüber Februar 2025 aus.

Geopolitische Unsicherheiten belasten Perspektiven

Die zum Ende des vergangenen Jahres zu beobachtende positive konjunkturelle Dynamik in Deutschland hat sich zu Jahresbeginn 2026 nicht weiter fortgesetzt. So hat sich die

Industriekonjunktur im Januar sowohl nachfrage- als auch produktionsseitig spürbar abgeschwächt. Die Stimmung in den Unternehmen hat sich zwar zuletzt etwas aufgehellt: Das ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft verbesserte sich im Februar sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Erwartungen, bleibt jedoch weiterhin deutlich unter seinem langfristigen Mittel. Auch die S&P-Einkaufsmanagerbefragungen deuten zuletzt auf eine beginnende Stabilisierung hin. Der entsprechende Index für Deutschland überschritt im Februar erstmals seit längerer Zeit wieder die Wachstumsschwelle. Dies spricht für eine allmähliche Erholung. Allerdings ist offen, inwieweit diese Signale in den kommenden Monaten Bestand haben werden. Denn die globalen Rohöl- und Gaspreissteigerungen vor dem Hintergrund des zwischenzeitlich neu entflammten Konflikts im Nahen Osten sind in den jüngsten Umfragen noch nicht abgebildet. Nur der kurz nach dem Angriff auf den Iran veröffentlichte Sentix-Konjunkturindex von Finanzmarktexperten weist darauf hin, dass sich die Stimmung im März sowohl global als auch für Deutschland spürbar eingetrübt hat.

Die binnenwirtschaftliche Entwicklung zeigt zu Jahresbeginn ebenfalls ein uneinheitliches Bild. Die Inlandsumsätze in der Industrie wie auch die Auftragseingänge aus dem Inland sind, unter recht hohen Schwankungen infolge von Großaufträgen, in der Tendenz weiterhin aufwärtsgerichtet. Auch das Baugewerbe hat im Januar seine Erholung fortgesetzt, getragen allerdings maßgeblich von dem weniger witterungsabhängigen Ausbaugewerbe.

Die Dynamik bei dem privaten Konsum scheint dagegen nachzulassen. Die Umsätze im Einzelhandel gingen im Januar nach dem kräftigen Anstieg zum Jahresende 2025 wieder spürbar zurück und die Indikatoren zur Konsumstimmung der privaten Haushalte schwächten sich ungeachtet der fortgesetzten Realeinkommensverbesserungen zuletzt wieder ab. Sowohl Umfragewerte zum allgemeinen Konsumklima als auch das ifo Konsumklima im Einzelhandel trübten sich am aktuellen Rand leicht ein. Dies gilt insbesondere für größere Anschaffungen, die weiterhin häufig aufgeschoben werden. Die in den Verbraucherumfragen bislang nicht berücksichtigten Folgen der israelischen und amerikanischen Militärschläge gegen das iranische Regime und die damit einhergehenden Energiepreissteigerungen dürften die Konsumstimmung der kommenden Monate ebenfalls tendenziell dämpfen.

Die außenwirtschaftliche Entwicklung bleibt vor allem durch schwache Impulse aus wichtigen Absatzmärkten und erhöhten geopolitischen Risiken geprägt. Der jüngste Konflikt im Nahen Osten hat die Unsicherheit an den Energie- und Rohstoffmärkten erhöht und führt zu einer höheren Volatilität der Energiepreise. Bislang dürften die realwirtschaftlichen Beeinträchtigungen zwar begrenzt sein, doch je nach Dauer des Konflikts bzw. der faktischen Sperrung der Straße von Hormus sowie möglichen längerfristigen Beeinträchtigungen der dortigen Produktionskapazitäten bei Öl und Gas besteht das Risiko einer Verschärfung der Versorgungslage mit entsprechenden Rückwirkungen auf die globalen Energiemärkte. Der konjunkturelle Erholungsprozess bleibt vor dem Hintergrund der zuletzt gestiegenen geopolitischen Unsicherheiten und Risiken fragil.

Weltwirtschaftliche Entwicklung weiter aufwärtsgerichtet, Abwärtsrisiken aber spürbar gestiegen

Die weltweite Industrieproduktion wurde im Dezember gegenüber dem Vormonat um 0,7 Prozent ausgeweitet und lag damit im Jahresdurchschnitt 2025 um 3,2 Prozent über dem Vorjahresniveau, 2024 hatte der Zuwachs 1,7 Prozent betragen. Während in Asien, insbesondere in China mit +5,9 Prozent, deutlich mehr produziert wurde als im Vorjahr, fiel der Zuwachs im Euroraum mit +1,4 Prozent und in den USA mit +1,3 Prozent geringer aus. Für die übrigen Wintermonate deuten Frühindikatoren auf eine moderate, leicht anziehende weltwirtschaftliche Dynamik hin: Der Einkaufsmanagerindex von S&P Global für die Weltwirtschaft ist im Februar weiter gestiegen, von 52,5 auf 53,3 Punkte. Sowohl in der Industrie, als auch bei den Dienstleistern verbesserte sich die

Stimmung gegenüber dem Vormonat. Allerdings wurden diese Daten noch vor Beginn des Krieges im Iran erfasst. Der Sentix-Index für die Weltwirtschaft, der die Konjunkturerwartungen von Finanzinvestoren widerspiegelt, hat nach dem Beginn des Iran-Konflikts nach sechs Anstiegen infolge im März von 15,2 auf 9,7 Punkte nachgegeben.

Die Welthandelsdynamik hat sich nach dem vorangegangenen deutlichen Anstieg im Dezember mit +0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat verlangsamt, insgesamt nahm der weltweite Warenhandel im vergangenen Jahr aber – unter hohen Schwankungen – trotz der restriktiveren US-Handelspolitik um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Dazu haben vorgezogene Lieferungen angesichts von Zollankündigungen und -anhebungen beigetragen. Containerumschlagsdaten weisen auch für den Jahresbeginn auf eine steigende Handelsaktivität hin. Der RWI/ISL-Containerumschlagindex war im Januar mit einem Anstieg um 2,6 auf 144,7 Punkte weiterhin aufwärtsgerichtet – allerdings gestützt durch Sondereffekte im Zusammenhang mit dem chinesischen Neujahrsfest. Für den Umschlag in den europäischen Häfen ging der Indikator aber von 122,2 auf 117,0 Punkte zurück. Der Trade Nowcast des Internationalen Währungsfonds signalisiert für Februar ebenfalls Zuwächse beim Welthandel, allerdings deutet er auf eine schwächere Dynamik als in den vorangegangenen Monaten hin.

Insgesamt dürften sich die Perspektiven für die weltwirtschaftliche Erholung im Lichte des eskalierten Nahostkonflikts und der massiven globalen Energiepreissteigerungen etwas eingetrübt haben. Aktuelle Prognosen von internationalen Organisationen, die diese Entwicklungen berücksichtigen, liegen derzeit noch nicht vor. Mehrere Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihren Frühjahrsprognosen aktuell von einem vorübergehenden Dämpfer für die Weltkonjunktur aus, weisen aber auf deutlich gestiegene Abwärtsrisiken im Falle eines länger andauernden Konflikts im Nahen Osten hin.

Aussenhandel startet mit Minus in das neue Jahr

Nach dem kräftigen Jahresausklang 2025 kam es im Januar beim Außenhandel zu einem Rücksetzer. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gaben saison- und kalenderbereinigt um 2,5 Prozent gegenüber Dezember nach. Während in die EU-Länder mit -4,8 Prozent wesentlich weniger Güter geliefert wurden als im Vormonat, nahmen die Ausfuhren in die Drittstaaten dank kräftig steigender Exporte in die USA (+11,7 Prozent) um 1,0 Prozent zu. Im weniger volatilen Dreimonatsvergleich bewegten sich die Ausfuhren damit insgesamt seitwärts. Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen gingen zu Jahresbeginn um 7,4 Prozent zurück; sowohl aus der EU als auch aus den übrigen Ländern wurden deutlich weniger Güter bezogen als im Vormonat. Im Dreimonatsvergleich liegen die Importe von Waren und Dienstleistungen damit aber immer noch um 1,8 Prozent im Plus. Der monatliche Saldo im Handel mit Waren und Dienstleistungen nahm infolge des stärkeren Rückgangs der Einfuhren im Vergleich zu den Ausfuhren um 7,1 Milliarden Euro auf 12,6 Milliarden Euro zu.

Die Einfuhrpreise sind im Januar mit saisonbereinigt mit +1,0 Prozent gegenüber dem Vormonat so deutlich gestiegen wie zuletzt im Januar 2025. Grund hierfür waren höhere Preise für Metalle, Erdöl und Erdgas. Die Ausfuhrpreise nahmen mit +0,6 Prozent etwas schwächer zu, so dass sich die Terms of Trade saisonbereinigt um 0,4 Prozent gegenüber Dezember verschlechterten. In realer Rechnung dürften die Rückgänge bei den Aus- und Einfuhren damit noch stärker ausgefallen sein.

Die Frühindikatoren weisen zu Jahresbeginn weiter auf eine Stabilisierung des Außenhandels hin, sie berücksichtigen aber noch nicht die jüngsten Entwicklungen des neuerlichen Nahost-Konfliktes. Die ifo Exporterwartungen haben sich im Februar den zweiten Monat in Folge etwas verbessert und liegen mit 2,6 Saldenpunkten erstmals seit Oktober wieder im positiven Bereich. Der Automobilbau

erwartet weiterhin steigende Auslandsumsätze, in der Chemie und im Maschinenbau wird dagegen weiterhin mit rückläufigen Exporten gerechnet.

Bei den Auftragseingängen aus dem Ausland kam es im Januar mit saisonbereinigt -7,1 Prozent gegenüber dem Vormonat zu einem Rückprall. Ohne Großaufträge bewegte sich die Nachfrage aus dem Ausland dagegen seitwärts. Neben rückläufigen Bestellungen von sonstigen Fahrzeugen gaben insbesondere die Order von Metallerzeugnissen, elektrischen Ausrüstungen und Maschinen nach. Der Dreimonatsvergleich weist mit +4,0 Prozent aber weiter eine tendenziell aufwärtsgerichtete Auslandsnachfrage auf.

Die außenwirtschaftliche Entwicklung bleibt volatil. Die zuletzt wieder deutlich gestiegenen handels- und geopolitischen Unsicherheiten erhöhen die Abwärtsrisiken für eine Erholung des Exportgeschäfts spürbar: Die global gestiegenen Öl- und Gaspreise und die erhöhte Volatilität an den Finanzmärkten infolge des Iran-Konflikts dämpfen die Stimmung von Konsumenten, Produzenten und Investoren und damit auch die Absatzperspektiven.

Industriekonjunktur schwächt sich ab

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe wurde zu Jahresbeginn gedrosselt. Im Vormonatsvergleich ging sie preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,5 Prozent zurück. Im Dezember 2025 war es bereits zu einem Rücksetzer gekommen, der auf -1,0 Prozent aufwärts revidiert wurde. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich ergibt sich jedoch noch ein Plus von 0,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr liegt die Produktion arbeitstäglich bereinigt um 1,2 Prozent niedriger.

Ausschlaggebend für den Rückgang war eine deutlich abgeschwächte Industrieproduktion (-2,5 Prozent). Demgegenüber wurde der Ausstoß im Baugewerbe (+2,9 Prozent) sowie im Energiesektor (+10,3 Prozent) deutlich hochgefahren.

Innerhalb der Industrie verringerten insbesondere die Produzenten von Konsumgütern ihre Ausbringung (-4,2 Prozent). Auch die Erzeuger von Vorleistungs- (-2,6 Prozent) und Investitionsgütern (-1,6 Prozent) schränkten ihre Produktion im Vergleich zum Vormonat ein. Im Baugewebe kompensierte ein florierendes Ausbaugewerbe (+8,4 Prozent) einen witterungsbedingten Einbruch im Bauhauptgewerbe (-8,5 Prozent).

Ein Großteil der industriellen Wirtschaftszweige drosselte seine Produktion. Dazu zählten auch gewichtige Bereiche wie Kfz und Kfz-Teile (-1,2 Prozent), Metallerzeugnisse (-12,4 Prozent), elektrische Ausrüstungen (-4,4 Prozent) und Geräte zur Datenverarbeitung sowie elektronische und optische Erzeugnisse (-6,8 Prozent). Auch die Produktion der energieintensiven Industrien war mit einem Rückgang von 0,7 Prozent erneut abwärtsgerichtet. Produktionsausweitungen wiesen nur wenige Bereiche auf, darunter die Hersteller chemischer Erzeugnisse (+3,8 Prozent) und der Maschinenbau (+0,4 Prozent).

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe verzeichneten zu Jahresbeginn ebenfalls einen Rücksetzer: Das Ordervolumen fiel preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat deutlich um 11,1 Prozent geringer aus, nachdem es nach revidierten Angaben im Dezember um 6,4 Prozent zugelegt hatte. Die sich seit September 2025 mit kräftigen Auftragszuwächsen abzeichnende Expansion der Industrienachfrage hat sich damit zunächst nicht weiter fortgesetzt. Nachdem der Auftragsbestand in der Industrie infolge der umfangreichen öffentlichen Investitions- und Beschaffungsvorhaben im vierten Quartal 2025 aufgrund von Großaufträgen stark anstieg, erscheint eine Konsolidierung zu Jahresbeginn nicht überraschend. Im weniger volatilen Dreimonatsvergleich nahmen die Bestellungen mit 7,4 Prozent weiter kräftig zu. Gleichzeitig lag das Niveau der Auftragseingänge arbeitstäglich bereinigt mit +3,7 Prozent oberhalb des

Vorjahresmonats.

Ursächlich für die zum Jahresbeginn schwächere Nachfrage nach Industriegütern war insbesondere der deutliche Rückgang der inländischen Ordereingänge um 16,2 Prozent, die zuletzt überproportional expandierten. Aber auch die Nachfrage aus dem Ausland gab mit -7,1 Prozent spürbar nach. Hierin spiegelt sich vor allem die stark schwankende Entwicklung bei Großaufträgen wider. Aber auch ohne Großaufträge sind die Auftragseingänge im Januar leicht um 0,4 Prozent gesunken.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen waren im Januar vor allem bei den Produzenten von Investitionsgütern deutlich geringere Auftragseingänge zu beobachten als im Vormonat (-14,1 Prozent), gegenüber dem Vorjahresmonat fielen sie jedoch um 9,1 Prozent höher aus. Auch die Ordereingänge bei Gebrauchsgüterproduzenten (+5,1 Prozent) waren im Trend weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Bestellungen von Vorleistungsgütern (-7,9 Prozent) sowie Verbrauchsgütern (-2,3 Prozent) sind im Januar hingegen abermals zurückgegangen.

Die Mehrheit der Wirtschaftszweige registrierte im Januar sinkende Auftragseingänge: Besonders deutlich fiel der Rückgang bei den Produzenten von Metallerzeugnissen (-39,4 Prozent) sowie der Metallerzeugung (-15,1 Prozent) aus. Aber auch im gewichtigen Maschinenbau (-13,5 Prozent), bei den Produzenten von EDV- und optischen Erzeugnissen (-11,1 Prozent) und den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen (-9,1 Prozent) gingen weniger Aufträge ein als im Vormonat. Spürbare Zuwächse konnten lediglich die Nachfrage von Kfz und Kfz-Teilen (+10,4 Prozent) sowie der sonstige Fahrzeugbau (+9,2 Prozent) verzeichnen.

Die jüngsten Stimmungsindikatoren aus dem Verarbeitenden Gewerbe wie der ifo Geschäftsklimaindex und der S&P-Einkaufsmanagerindex wiesen eine aufgehellte Einschätzung der aktuellen Geschäftslage, eine positive Auftragsentwicklung und gestiegene Produktionspläne auf. Allerdings ist vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten, die sich noch nicht in den Indikatoren widerspiegeln, und den deutlich gestiegenen Rohöl- und Gaspreisen auf den Weltmärkten das Risiko für einen Rückschlag bei der erwarteten Erholung der Industriekonjunktur deutlich gestiegen.

Erlöse im Einzelhandel nach Aufwärtsrevision rückläufig; Verbraucherunsicherheit hoch

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im Januar um 0,9 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken, nachdem der Dezemberwert deutlich nach oben revidiert wurde. Während der Handel mit Lebensmitteln im Vergleich zum Vormonat stagnierte, gab der Umsatz mit Nicht-Lebensmitteln um 1,7 Prozent nach. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete der Einzelhandel im Januar ein Plus von 1,1 Prozent, wobei der Handel mit Lebensmitteln um 2,1 Prozent und der Umsatz mit Nicht-Lebensmitteln um 0,3 Prozent anstieg. Im Dreimonatsvergleich zeigte sich der Gesamtumsatz im Einzelhandel ebenfalls leicht aufwärtsgerichtet (+0,5 Prozent), wobei die Umsätze mit Nicht-Lebensmitteln um 0,2 Prozent und die mit Lebensmitteln um 0,7 Prozent zulegten.

Der Umsatz im Gastgewerbe stieg im Gesamtjahr 2025 nominal um 1,4 Prozent, preisbereinigt ergab sich allerdings ein Rückgang um 2,1 Prozent, wobei sich Beherbergungsbranche und Gastronomie relativ ähnlich entwickelten. Gleichzeitig verbuchten die Beherbergungsbetriebe im zurückliegenden Jahr mehr Übernachtungen als jemals zuvor (+0,3 Prozent gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2024). Während Übernachtungen auf Campingplätzen 2025 deutlich anzogen, gingen solche in der Hotellerie leicht zurück. Im Berichtsmonat Dezember 2025 zeigte der Umsatz im Gastgewerbe im Vormonatsvergleich sowohl nominal als auch real ein leichtes Minus. Im Vergleich zum Dezember

2024 ergab sich ein realer Rückgang von 2,0 Prozent und ein nominaler Anstieg von 1,6 Prozent.

Nach einer starken zweiten Jahreshälfte 2025 ist das Kfz-Geschäft trotz neuer E-Autoförderung gemessen an den Neuzulassungen zunächst schwach in das neue Jahr gestartet. Im Februar stiegen die Neuzulassungen von Pkw insgesamt im Vormonatsvergleich wieder an (+3,0 Prozent), in der aussagekräftigeren Dreimonatsbetrachtung zeigt sich hingegen ein Rückgang um 5,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein Plus von 3,8 Prozent. Die PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen stiegen im Vormonatsvergleich um 5,4 Prozent und sanken in der Dreimonatsbetrachtung um deutliche 11,3 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen die Neuzulassungen durch Privatpersonen um 0,9 Prozent höher. Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen erhöhten sich im Februar um 1,9 Prozent und sanken in der Dreimonatsbetrachtung um 2,5 Prozent.

Nachdem sich der private Konsum im vierten Quartal 2025 gemäß Detailmeldung des Statistischen Bundesamtes deutlich belebt hat, zeigen die Frühindikatoren für die Entwicklung zu Jahresbeginn ein uneinheitliches Bild. Lt. Prognose der GfK wird sich das Konsumklima im März mit einer Abnahme von 0,5 Zählern auf -24,7 Pt. eintrüben, nachdem es im Februar um 2,7 Pt. auf -24,2 Pt. gestiegen war. Negativ wirkten sich die Abnahme der Anschaffungsneigung und die Zunahme der Sparneigung aus. Letztere erreichte den höchsten Wert seit dem Finanz- und Wirtschaftskrisenjahr 2008. Die Einkommenserwartung legte erneut zu, während die Konjunkturerwartungen, die nicht Teil der Berechnung des GfK-Konsumklimas sind, sanken. Das HDE-Konsumbarometer trübte sich im März nach zwei Anstiegen in Folge ein. Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (inkl. Kfz) sank im Februar nach Zuwachsen im Vormonat um 3,6 Zähler auf -27,7 Pt. Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen wurden skeptischer beurteilt als noch im Januar.

Das Stimmungsbild deutet am aktuellen Rand insgesamt auf eine Seitwärtsbewegung der Konsumententwicklung im ersten Quartal 2026 hin. Zwar scheinen die Verbraucherinnen und Verbraucher Hoffnung auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und persönliche Einkommenszuwächse zu schöpfen, zeigen sich aber dennoch zurückhaltend bei ihren Anschaffungen. Der neu entflammte Konflikt im Nahen Osten und die damit einhergehenden deutlichen Energiepreisteigerungen dürften die Unsicherheit bei Verbraucherinnen und Verbrauchern erhöhen und das Konsumklima kurzfristig spürbar dämpfen.

Inflation im Februar bei knapp 2 Prozent

Die Inflationsrate lag im Februar bei +1,9 Prozent gegenüber Vorjahr und war damit gegenüber dem Januarwert von 2,1 Prozent leicht niedriger. Im Vormonatsvergleich erhöhten sich die Verbraucherpreise um +0,2 Prozent. Die Kerninflation lag im Februar mit +2,5 Prozent erneut deutlich über der Gesamtinflation. Dienstleistungspreise stiegen unverändert um +3,2 Prozent, während Güterpreise lediglich um +0,8 Prozent zulegten. Die Nahrungsmittelpreisinflation lag mit 1,1 Prozent wieder deutlich unter dem 12-Monatsdurchschnitt von 2,0 Prozent. Energiepreise fielen um 1,9 Prozent. Der leichte Rückgang der Gesamtinflation lässt sich neben erneut geringeren Energiepreisen vor allem auf einen schwächeren Preisanstieg bei Nahrungsmitteln zurückführen. Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen blieben die Preise insgesamt stabil: Die Erzeugerpreise ohne Energie verteuerten sich im Januar um 1,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Hier stechen lediglich Metalle mit +6,6 Prozent und Holz mit +7 Prozent mit hohen Raten hervor. Insgesamt wird die Inflation vor allem von binnenwirtschaftlichen Faktoren bestimmt, insbesondere von gestiegenen Löhnen und Kosten in Dienstleistungsbranchen wie Pflege, Gesundheit und sonstigen sozialen Dienstleistungen. Import- und Energiepreise wirkten bis jetzt dagegen weiterhin dämpfend. Im weiteren Jahresverlauf dürfte der Inflationsdruck aus dem Dienstleistungssektor anhalten. Infolge des Konflikts im Nahen Osten und der damit zusammenhängend deutlich erhöhten weltweiten Öl-

und Gaspreise ist mit einer temporär erhöhten Inflationsrate in den kommenden Monaten zu rechnen.

Konjunkturelle Impulse kommen bisher nicht am Arbeitsmarkt an

Der Arbeitsmarkt zeigt weiterhin wenig Bewegung. So lag die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit im Februar mit einem Plus von eintausend Personen in etwa auf Vormonatsniveau und auch die Unterbeschäftigung blieb mit einem Rückgang um dreitausend Personen nahezu unverändert. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Januar um 13 Tsd. zurück. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete im Dezember hingegen ein leichtes Plus von 5 Tsd. Personen. Die Beschäftigungsentwicklung ist dabei zunehmend durch den demographischen Wandel geprägt. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit ging im Dezember gemäß vorläufigen Daten spürbar um 48 Tsd. Personen zurück. Die angezeigte Kurzarbeit dürfte im Februar wieder auf einem ähnlichen Niveau wie zum Jahresende 2025 liegen.

Die Arbeitsmarktführindikatoren trübten sich zuletzt abermals ein. Das IAB-Beschäftigungsbarometer verzeichnete im Februar einen spürbaren Rückgang und liegt mit 99,5 Punkten erstmals seit einem halben Jahr unterhalb der neutralen Schwelle von 100 Punkten. Insbesondere die Beschäftigungsaussichten für Arbeitslose haben sich demnach in den Wintermonaten verschlechtert. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer hat den kräftigen Zuwachs des Vormonats zum Teil wieder eingebüßt. Die Beschäftigungsperspektiven im Dienstleistungssektor haben sich abermals eingetrübt. In der Industrie und im Handel deuten die Zeichen auf einen anhaltenden Stellenabbau, lediglich im Bauhauptgewerbe zeichnet sich ein leichter Beschäftigungsaufbau ab. Obwohl die Auftragslage der Unternehmen sich zu Jahresbeginn leicht verbesserte, bleibt die Arbeitskräftenachfrage somit insgesamt noch verhalten. Eine Trendwende am Arbeitsmarkt ist daher aktuell nicht absehbar.

Unternehmensinsolvenzen weiterhin auf hohem Niveau

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist nach amtlicher Statistik im Dezember 2025 um 13,5 Prozent gegenüber dem Monat November auf 2.037 beantragte Verfahren gestiegen; verglichen mit Dezember 2024 lag sie 13,7 Prozent höher. Im Vergleich zum Dezember-Mittelwert 2016 – 2019 entspricht dies einer Veränderung von +36 Prozent. Im Gesamtjahr 2025 wurden 24.064 beantragte Unternehmensinsolvenzen registriert. Das entspricht einem Anstieg von 10,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine höhere Fallzahl wurde zuletzt im Jahr 2014 mit 24.085 Unternehmensinsolvenzen verzeichnet.

Der im Vergleich mit der amtlichen Statistik methodisch enger gefasste und zeitlich aktuellere IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist im Februar mit 1.466 Insolvenzen einen Anstieg von fünf Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von zwei Prozent gegenüber Februar 2025 aus. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten (23.000) ist im Vergleich zum Vormonat um 38 Prozent gestiegen und lag damit 22 Prozent über dem Wert von Februar 2025.

¹In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 13. März 2026 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche-Lage/2026/20260316-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-mearz-2026.html>